



• **Medienmitteilungen**

Startseite EJPD > Dokumentation > Reden > Reden 2011 > Zielland Schweiz

[Druckversion](#)

Zielland Schweiz

Reden, EJPD, 15.08.2011. Bundesrätin Simonetta Sommaruga. Es gilt das gesprochene Wort.

Pfeffingen. Anhand etlicher Zahlenbeispiele zeigte Bundesrätin Simonetta Sommaruga am Pfeffinger Forum auf, wie unterschiedlich die Auswirkungen der Zuwanderung auf die verschiedenen Lebensbereiche ausfallen können. Es ergebe sich daraus kein einheitliches Bild über die Folgen der Zuwanderung – ebenso unbestritten wie die ökonomischen Vorteile, die sie uns brächten, seien in gewissen Bereichen auch die negativen Folgen, die es anzupacken gelte.

Sehr geehrte Damen und Herren

Vielleicht geht es Ihnen gleich wie mir: Das Motto des diesjährigen Pfeffinger Forums, Zielland Schweiz, löst verschiedene Gefühle in uns aus.

Einerseits ist es gut, ein Zielland zu sein. Es spricht für die eigene Attraktivität. Zielländer sind in der Regel wirtschaftlich gut aufgestellte Länder.

Das kann man ja nicht von allen europäischen Staaten behaupten. Spanien, um nur ein Beispiel zu nennen, hat eine Arbeitslosigkeit von 20 %, eine Jugendarbeitslosigkeit von 40 %, in manchen Städten liegt sie bei 60 %.

In vielen Staaten fehlt die Arbeit, in anderen fehlen Arbeitskräfte. Die deutsche Bundesagentur für Arbeit wirbt in den europäischen Krisenstaaten Fachkräfte an.

Ausserhalb Europas bieten Staaten wie Neuseeland, Kanada oder Australien potenziellen Zuwanderern so genannte „Rundum-Sorglos-Pakete“ an, damit sie kommen. Die Pakete beinhalten Unterstützung bei Wohnungs-, Kindergarten- und Arbeitsplatzsuche, Sprachkurse usw.

Bei uns in der Schweiz ist alles ein bisschen anders: Wir haben keine Krise, kaum Arbeitslose und keine Sorglos-Pakete. Denn zu uns kommen die Zuwanderer auch ohne Pakete.

Man müsste also meinen, wir hätten keine Sorgen. Und doch ist seit Monaten eine zum Teil erbittert geführte Debatte über die Zuwanderung im Gang. - Weshalb?

Ein Grund liegt auf der Hand: Wenn viele dasselbe Ziel anpeilen, hat das immer auch negative Folgen.

Nehmen wir die Wechselkurse als Beispiel: Wenn zu viele den Franken als Zielwährung ansehen, spricht das zwar für unsere Währung, irgendwann kippt aber der Effekt – wir kennen die Folgen.

Gilt das auch für die Zuwanderung? Kommen zu viele Menschen zu uns?

So gut und wichtig es ist, dass wir dieses Thema diskutieren – neu ist diese Debatte nicht. Ganz im Gegenteil:

Zuwanderungsdebatten sind eine historische Konstante.

Seit Ende des 19. Jahrhunderts ist die Zuwanderung immer wieder ein heisses innenpolitisches Thema.

Vorher war dies nicht der Fall: Vorher war die Schweiz ein Auswanderungsland.

Zuwanderungsdebatten sind Reaktion auf raschen Wandel

Ebenfalls seit langem lässt sich beobachten, dass eine Begrenzung der Zuwanderung sehr oft eine Reaktion auf raschen Wandel ist.

- So war es z.B. bei den Ausländerinitiativen kleiner rechter Parteien während des Wirtschaftsbooms in den 60er und 70ern (z.B. die Schwarzenbach-Initiative).
- Schon früher wurde eindringlich gewarnt vor Überbevölkerung und Übernutzung der Ressourcen.
- Heute wie damals wurden zudem demografische Schreckensszenarien gezeichnet:
 - Aus dem Jahr 1912 stammt die Prognose, die Schweizer würden ab 1970 im eigenen Land in der Minderheit sein. Tatsächlich nahm die ausländische Bevölkerung in diesem Zeitraum nur um 2 % zu.
 - Ein Wirtschaftsprofessor der HSG berechnete vor 50 Jahren im Auftrag des Bundes, die Bevölkerungszahl der Schweiz erreiche im Jahr 2000 die 10-Millionen-Marke.

Zuwanderungsdebatten als Reaktion auf reale Veränderung

Aber: Das heisst nicht, dass keine realen Probleme mit der Zuwanderung verbunden waren und sind. Verstärkte Zuwanderung erhöht die Anforderungen an die Integration. Ausserdem löst Zuwanderung stets auch Verdrängungsängste aus:

- In den 50ern fürchteten die einheimischen Arbeiter, von billigen Gastarbeitern aus dem Süden verdrängt zu werden.

- Heute lösen gut Qualifizierte aus dem Norden Ängste im Mittelstand aus.

Die Zuwanderungsdebatte ist also nie eine simple Debatte. Es gibt reale Probleme, aber es gibt auch eine psychologische Dimension. Und die Zuwanderung wirkt sich sehr unterschiedlich auf verschiedene Lebensbereiche aus.

Deshalb ist es nicht überraschend, dass sich immer wieder unübersichtliche Diskussionen entwickeln und oft sehr widersprüchlich argumentiert wird.

Wer hat denn nun recht: Jene, die behaupten, es sei wegen den Zuwanderern eng in den Zügen oder jene, die sagen, ohne Zuwanderung würden die Züge gar nicht mehr fahren?

Zudem werden in der Zuwanderungsdebatte immer wieder – teils bewusst – Dinge vermischt und Behauptungen aufgestellt. Ich denke z.B. an die Behauptung, die Schweiz sei wegen der Zuwanderung unbedingt auch in Zukunft auf die Atomenergie angewiesen.

Solche Argumente dienen der sachlichen Meinungsbildung nicht. Genau dazu müssen wir aber beitragen – denn zum einen haben wir, wie gesagt, reale Probleme, die es zu lösen gilt. Zum anderen wurden mehrere Volksinitiativen lanciert, zu denen sich die Bevölkerung eine Meinung bilden wird.

Mein Ziel ist es deshalb heute, Vorstellungen und Fakten etwas näher zusammenzubringen. Das ist, wenige Monate vor den Wahlen, kein einfaches Ziel. Damit wir heute aber nicht nur Meinungen und Thesen austauschen, möchte ich heute auch mit einigen Zahlen argumentieren.

Keine Angst, wir machen heute kein Zahlenseminar, aber vielleicht kann die eine oder andere Zahl als objektive Grundlage für das anschliessende Podium dienen.

Gelegentlich wird behauptet, wir seien überhaupt nicht auf die Zuwanderung und die Personenfreizügigkeit angewiesen. Dazu folgende Zahlen:

Arbeits- und Fachkräftemangel

- Im Landwirtschaftssektor stammen heute gerade noch ein Drittel der Angestellten aus der Schweiz.
 - 31 % stammen aus den osteuropäischen Staaten (EU-8). Weitere 25 % aus den übrigen EU-Staaten (EU-15).
 - Nur 10 % der stammen aus Drittstaaten.
- 30 % des Schweizer Spital- und Klinikpersonals sind heute ausländische ArbeitnehmerInnen.
- Gemäss Angaben der Wirtschaft rekrutierten 70 % der Unternehmen ausländische Arbeitnehmer/-innen, weil es auf dem heimischen Markt an Fachkräften mangelt.

Soziale Sicherheit / Arbeitslosigkeit / Sozialhilfe

Höchst widersprüchlich wird argumentiert, wenn es um die Auswirkungen der Zuwanderung auf die Sozialwerke geht. Die einen sagen, wir brauchen die Zuwanderung, um die Sozialwerke zu finanzieren. Andere sagen, die Zuwanderer kämen ohnehin nur in die Schweiz, um von unseren Sozialwerken zu profitieren. Auch dazu einige Zahlen:

- 2010 trugen die EU/EFTA-Staatsangehörigen gut 21 % zur Finanzierung der 1. Säule bei. Sie bezogen andererseits rund 15 % der Leistungen. Sie gehörten damit klar zu den Netto-Zählern.
- Schweizer/-innen steuerten 2009 74 % der ALV-Beiträge bei, bezogen jedoch nur 58 % der Arbeitslosenentschädigung. Sie gehörten damit klar zu den Netto-Zählern.
 - Ausländer/-innen aus dem EU/EFTA-Raum leisteten demgegenüber 21 % der ALV-Beiträge und bezogen 23 % der Arbeitslosenentschädigung.
 - Drittstaatsangehörige leisteten 6 % der ALV-Beiträge, bezogen jedoch 20 %.
- Arbeitslose aus einem EU-17/EFTA-Staat brauchten im Zeitraum 1992-2009 durchschnittlich 9.6 Monate, um eine neue Stelle zu finden, verglichen mit 8.4 Monaten bei arbeitslosen Schweizern. Keine Ausländergruppe weist eine kürzere Stellensuchdauer auf als EU-17/EFTA-Staatsangehörige.
- 2009 stieg die Sozialhilfequote bei Ausländer/-innen um 0.1 Prozentpunkte auf 6.1 %. Die ausländischen Frauen wiesen mit 6.4 % eine deutlich höhere Sozialhilfequote als die ausländischen Männer (5.8 %) auf.
- Die Sozialhilfequote der EU/EFTA-Staatsangehörigen lag mit 2.8 % nur wenig über dem Wert der Schweizer Bürger/-innen (2.0 %).

Ausbildung und Ausbildungskosten

Ein anderer Aspekt der Zuwanderung sind die Ausbildung und die damit verbundenen Kosten. So wird gesagt, die Ausländerinnen würden den Schweizer Student/-innen die Studienplätze wegnehmen. Dazu folgende Zahlen:

- Zwischen 2000 und 2009 hat sich die Zahl der Studierenden aus dem Ausland in der Tat verdoppelt: von 19'700 auf 40'300. Die "NZZ am Sonntag" hat die Ausbildungskosten für ausländische Studierende für das Jahr 2008 auf 560 Millionen Franken geschätzt.

Das ist aber nur die eine Seite der Medaille:

- Allein die 3'000 in der Schweiz arbeitenden deutschen Ärzte haben dem Schweizer Staat Ausbildungskosten von bis zu 3 Milliarden Franken erspart.

Verkehr und Mobilität

Immer wieder wird gesagt, aufgrund der Zuwanderung werde es auf den Strassen und in den Zügen immer enger.

- Betrachtet man die letzten 25 Jahre, dann pendelt die schweizerische Wohnbevölkerung länger und weiter. Die tägliche Dauer im Pendlerverkehr hat um fast 10 % zugenommen; die Tagesdistanz ist um über 20 % angestiegen.

Die Argumentation, die Zuwanderung belaste den Pendelverkehr, schürt den Eindruck, das Pendeln nehme am Gesamtverkehr den grössten Anteil aus. Fakt ist hingegen:

- Im Jahr 2005 betrug der Anteil des Pendlerverkehrs 27 %. Der Verkehrszweck "Freizeit" belegt mit 45 % den höchsten Anteil.

Wohnen / Immobilien / Raumplanung

Ebenfalls sehr häufig werden die Wohn- und Immobilienpreise in Zusammenhang mit der Zuwanderung gebracht. Dazu folgende Zahlen.

- Im Jahr 1980 betrug die durchschnittliche Wohnfläche pro Person 34 Quadratmeter. Im Jahr 2000 lag dieser Wert bei 44 Quadratmetern pro Person angestiegen (+ 29 % in 20 Jahren!).
- Pro Sekunde werden in der Schweiz momentan 1.25 Quadratmeter Boden verbaut.
- Eine Studie der Schweizerischen Nationalbank kommt zum Schluss, dass ein immigrationsbedingter Anstieg der Bevölkerung um 1 % zu einem Anstieg der Preise für Einfamilienhäuser um 2.7 % führt.

Standortattraktivität und Steuerpolitik

Kommen wir zu einem nächsten Bereich. Hat sich die Zuwanderung der letzten Jahre auf die Standortattraktivität der Schweiz ausgewirkt? Auch dazu einige Zahlen:

- 1: Eins ist der Platz, den die Schweiz seit 2 Jahren gemäss Studien des World Economic Forum bzgl. Wettbewerbsfähigkeit einnimmt. D.h.: 2009 und 2010 war die Schweiz das wettbewerbsfähigste Land der Welt. Eine zweite Zahl:
- 10: Jeder zehnte Milliardär der Welt wohnt in der Schweiz. Eine dritte Zahl:
- 239: Das ist die Zahl der internationalen Headquarters, die in den letzten 7 Jahren neu in die Schweiz zogen.
- Eine weitere Zahl hätte ich gerne, ich habe sie aber nicht: Nämlich die Anzahl parlamentarischer Vorstösse, die vom Bundesrat eine Erhöhung der Standortattraktivität fordern. Begründet werden solche Motionen z.B. mit dem
 - "immer härteren Kampf im europäischen Raum um die Ansiedlung von Unternehmen". Ziel müsse sein, "die Attraktivität des Unternehmensstandortes im Rahmen des internationalen Wettbewerbs zu verbessern".

Ich werde Ihnen jetzt nicht verraten, von welcher Partei der Vorstoss stammt, aus dem ich eben zitiert habe, sonst heisst es noch, ich hätte die Stimmung auf dem Podium angeheizt.

Drei letzte Zahlen noch aus drei ganz unterschiedlichen Bereichen: Erstens zum

Familiennachzug

- Die Wirtschaft betont immer wieder, sie benötige Arbeitskräfte. Es kommen aber eben Menschen, die weiterhin mit ihren Kindern und Lebenspartnern zusammenleben möchten. Knapp ein Viertel aller Menschen kommen nicht wegen der Arbeit zu uns, sondern im Rahmen des Familiennachzugs (EU/EFTA). Bei Angehörigen von Drittstaaten sind es sogar fast 50 %.

Schengen

- Zweitens zu Schengen. Manche fordern, Schengen sei zu kündigen und die Grenzen dicht zu machen.
 - Allein auf der Strasse passierten jeden Tag rund 1.3 Millionen Personen in rund 700'000 Personenfahrzeugen die Schweizer Grenze.
 - Vor Schengen kontrollierten wir gerade einmal 3 % aller Grenzübertritte, d.h. 97 % der Personen kamen unkontrolliert in die Schweiz.

Entwicklungshilfe

- Und drittens zur Entwicklungshilfe, die ja eine Hilfe vor Ort ist. Migrantinnen und Migranten schicken pro Jahr mehr als 300 Milliarden Dollar an Angehörige in ihren Heimatländern. Das ist viermal so viel wie die gesamte Entwicklungshilfe, die 2007 weltweit gewährt wurde.

Meine Damen und Herren, es ist nicht leicht, aus diesen Zahlen einfache Schlüsse zu ziehen. Etwas zeigen diese Zahlen aber ganz klar:

Es ergibt sich kein klares, zumindest kein einheitliches Bild über die Folgen der Zuwanderung. Einerseits profitieren wir von der Zuwanderung. Sie bringt uns ökonomische Vorteile.

In gewissen Bereichen haben wir reale negative Folgen, die wir anpacken müssen, wenn wir glaubwürdig sein wollen.

In anderen Bereichen sind die problematischen Folgen viel kleiner, als oft dargestellt, oder aber sie verstärken hausgemachte Probleme, die wir auch ohne Zuwanderung hätten.

Das heisst: Wer die Folgen der Zuwanderung schwarz oder weiss darstellt, liegt ganz einfach falsch.

Und ich meine damit ausdrücklich nicht nur die Schwarzmalen. Wer beschönigt, liegt genauso neben der Wahrheit.

Ich erachte es deshalb als meine Aufgabe, aufgrund möglichst klarer Grundlagen Massnahmen einzuleiten, welche die problematischen Folgen der Zuwanderung eindämmen.

Arbeitsgruppe des Bundesrats

Der Bundesrat hat deshalb im Mai eine Arbeitsgruppe eingesetzt (EJPD, EVD, EDA). Sie ist daran, vertieft zu analysieren, in welchen Bereichen sich wirklich Probleme aus der Zuwanderung und der PFZ ergeben – und in welchen nicht.

Die Arbeitsgruppe wird dem Bundesrat gestützt auf diese Analyse im Herbst dieses Jahres Verbesserungs- und Korrekturmassnahmen vorschlagen. Sie können auf Fragen beruhen wie:

- Wie können die flankierenden Massnahmen gestärkt und ausgebaut werden?
- Wie kann das Problem der Scheinselbständigkeit bekämpft werden?
- Drängen sich in den Bereichen Wohnungsmarkt, Verkehrsinfrastruktur und Raumplanung Massnahmen auf, und zwar auch kurzfristige?

Meine Damen und Herren, täglich hören wir, die PFZ habe der Schweiz einen Schub an Einwanderern gemacht. Die Aussage wird immer wieder wiederholt. Wahrer wird sie dadurch nicht.

Die Zuwanderer kommen nicht wegen der PFZ. Sie kommen, weil wir sie rufen, weil wir, unsere Arbeitgeber, sie holen.

Zwischen den 50ern und 70ern kamen Hunderttausende Migranten in unser Land. Sie kamen nicht wegen der PFZ. Wir hatten damals ein Kontingentssystem. Migranten kamen damals als Saisoniers oder mit Jahresbewilligung.

Die Steuerung funktionierte damals so, dass die Regierung Kontingente festlegte, und zwar nach jeweils harten Verhandlungen mit den unterschiedlichen Interessenvertretern.

Dann, Mitte der 70er Jahre, nahm die Zuwanderung stark ab. Aber nicht etwa, weil Kontingente gekürzt wurden, sondern weil die Wirtschaft tauchte.

Mitte der 80er Jahre stieg die Zuwanderung wieder an, aber nur bis zur Krise der 90er. Mitte der Nuller Jahre dann zeigte die Kurve wieder nach oben.

Das Fazit scheint mir also nicht sehr gewagt: Die Wirtschaft holte sich in der Vergangenheit immer so viele Arbeitskräfte, wie sie brauchte – Kontingente hin, Personenfreizügigkeit her.

Nun werden wieder Forderungen erhoben, die Zuwanderung sei nicht mehr, wie es heute geschieht, durch die wirtschaftliche Nachfrage zu steuern, sondern durch Instrumente, die manche planwirtschaftlich und bürokratisch nennen.

Ich frage mich, ob wir wirklich zu dieser Form der behördengesteuerten Kontingentspolitik zurückwollen.

Und ich bin gespannt, was das Podium zu dieser Frage meint.

Meine Damen und Herren. Vielleicht sehen wir uns wieder, hier in Pfeffingen, in einigen Jahren. Es würde mich freuen.

Wer weiss, ob wir dann immer noch ein Zielland sind. Oder ob wir auch zu Rundum-Sorglos-Pakete greifen müssen.

Ich kann, nur schon aufgrund des Frankenkurses, nicht behaupten, rundum sorglos zu sein. Rundum wohl – das ist es mir aber heute, hier in Pfeffingen.

Herzlichen Dank für Einladung.